

WARNUNG

DER PLATTFORM 25:

„NULLDEFIZIT“ KOMMT UNS TEUER ZU STEHEN!

Am 16.12.2014 wird der Landtag das Budget 2015 beschließen. Die selbst ernannten „Reformpartner“ werden sich für ihr mit allen erdenklichen budgettechnischen Tricks zusammengeschustertes „Nulldefizit“ feiern lassen. Doch bei aller gewollten Intransparenz zur Verhüllung der wahren Budgetlage – so viel steht fest: Dieses angebliche „Nulldefizit“ wird viel zu teuer erkaufte! Was Voves und Schützenhöfer als „Reformpolitik“ zur Budgetsanierung anpreisen, ist in Wahrheit der brutalste Sozialabbau, den es in Österreich in den letzten Jahrzehnten gegeben hat. Seit 2011 schließt die Kahlschlagpolitik der Landesregierung Schulen und

Spitäler, bringt Kinder und Jugendliche um ihre Zukunftschancen, nimmt Menschen mit Behinderung ihre Lebensqualität, bedroht die Existenz von sozial Schwachen und vernichtet Arbeitsplätze im Kultur- und Sozialbereich – Frauen sind oft mehrfach betroffen. Das im heurigen Sommer beschlossene neue Behindertengesetz bringt bereits zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren (!) drastische Einschnitte und verschärft die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt.

Bei ihrer Kahlschlagpolitik schert sich die Landesregierung weder um nationales noch um internati-

onales Recht: Die Kürzungen und Streichungen verstoßen gegen die 15a-Vereinbarung über die Mindestsicherung, gegen die UN-Kinderrechtskonvention und gegen die UN-Behindertenrechtskonvention. Das belegen Stellungnahmen renommierter unabhängiger Institutionen.

Nach der Landtagswahl soll die Kürzungspolitik fortgesetzt werden, das wurde bereits angekündigt. Stattdessen ist eine Trendwende dringend notwendig: Die Politik muss wieder die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen, anstatt abstrakten Budgetzielen hinterherzulaufen!

Die Plattform 25 fordert daher:

PLUS 25 % FÜR KULTUR, SOZIALES, FRAUEN, BILDUNG UND GESUNDHEIT!

- ✳ **Wirksame Sofortmaßnahmen zur Einhaltung der UN-Menschenrechtskonventionen!**
- ✳ **Wirksame Sofortmaßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Armutsbekämpfung!**
- ✳ **Vermögenssteuern statt Sozialabbau zur Sanierung der öffentlichen Haushalte!**
- ✳ **Öffentliche Mittel, um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern herzustellen!**



Es reicht!
Für alle.
Fair teilen
statt kürzen.



Liste der Kürzungen und Streichungen

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Behindertenhilfe:

- ☼ Massive Kürzungen bei Wohnassistenz, Freizeitassistenz und Familienentlastungsdienst
- ☼ Verschlechterung der Betreuungsschlüssel in stationären Einrichtungen um bis zu 30 %
- ☼ Reduktion der Zeit für Vor- und Nachbereitung auf teilweise weniger als die Hälfte
- ☼ Ersatzlose Streichung der Entwicklungsförderung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- ☼ Ersatzlose Streichung des Lohnkostenzuschusses und der integrativen Berufsausbildung
- ☼ Laut Soziallandesrat Schrittwieser verloren 1050 Beschäftigte infolge der Kürzungen ihren Job.

Kinder- und Jugendhilfe:

- ☼ Streichung der Sozial- und Lernbetreuung: 1500 Kinder verloren ihre Betreuung, 500 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz.
- ☼ Reduzierung von Zielwerten im stationären Bereich – Rückschritt in die „Heimära“
- ☼ Reduktion der „mittelbaren Zeiten“ um bis zu 50 % und des Zeitausmaßes für Fortbildungen, Supervisionen und Teamsitzungen für MitarbeiterInnen – Folge: Qualitätsverlust in der pädagogischen Arbeit
- ☼ Reduzierung der Kostenzuschüsse zu Psychotherapie und psychologischer Behandlung
- ☼ Weitere Verschlechterungen durch das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz: Ersatz von gesetzlichen Regelungen durch Verordnungen, Aushöhlung und Streichung von demokratischen Strukturen (z.B. Jugendwohlfahrtsbeirat), präventive Hilfen nur mehr für die Familien, die sie sich leisten können

Sozialbereich allgemein:

- ☼ Mindestsicherung: Verschlechterungen widersprechen 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern
- ☼ Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe

Bildungsbereich:

- ☼ Schulschließungen: 36 Schulen bereits geschlossen, Schließung weiterer 10 Schulen angekündigt
- ☼ Abschaffung des Gratiskindergartens
- ☼ Kürzung des Landeszuschusses zu den Fachhochschulen um 15 %

Kulturbereich:

- ☼ Reduktion der Förderungen – im Jahr 2011 um 10 %
- ☼ Kürzung der Förderung für das Institut für Kunst im öffentlichen Raum um 50 %
- ☼ Streichung der Regionale
- ☼ Schließung des Studios der Neuen Galerie
- ☼ Schon in den letzten 6 Jahren vor 2011 sind Kulturinvestitionen um 10 % gesunken.
- ☼ Viele KünstlerInnen und Kulturinitiativen arbeiteten schon vor den Kürzungen am Existenzminimum. Unter diesen Bedingungen wird Kulturarbeit immer schwerer möglich.

Gesundheitsbereich:

- ☼ Schließung der Geburtenstationen Voitsberg und Leibnitz-Wagna
- ☼ Schließung der Lungenheilanstalt Hörgas-Enzenbach
- ☼ Schließung des LKH Mariazell
- ☼ Schließung von Abteilungen ohne den Aufbau von alternativen Möglichkeiten für den Erkrankungsfall
- ☼ Massive Kürzungen bei den Personalständen in den Krankenanstalten

Frauen:

- ☼ haben ein erhöhtes Armutsrisiko
- ☼ sind es, die mehrheitlich als Mitarbeiterinnen in all den gemeinnützigen Organisationen die Arbeit leisten; sie haben zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse oder verlieren ihre Arbeit.
- ☼ müssen mit unbezahlter Arbeit „einspringen“, wenn sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückzieht.